

Militarisierung der Wirtschaft - Kennzeichen des Imperialismus von heute

Die Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes in Westdeutschland

Im Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau (1969) heißt es: „Die Lebensinteressen der Völker erfordern die Verstärkung des Kampfes gegen alle Formen des Militarismus, besonders gegen den militärisch-industriellen Komplex der USA und anderer imperialistischer Staaten.“¹⁾

Die Militarisierung der Wirtschaft ist seit den 50er Jahren in den imperialistischen und ihnen verbündeten Ländern auch für Friedenszeiten zu einer charakteristischen Erscheinung geworden. Sie zeigt sich in einem gigantischen Ausbau der Rüstungsindustrie auf Kosten der zivilen Industrie. Hiermit ist eine strukturelle Veränderung der Produktion in allen Zweigen der Volkswirtschaft verbunden. Ein riesiges Arbeitskräftepotential wird für die Produktion von Vernichtungswaffen und den Dienst in den Streitkräften bereitgestellt. Die Rüstungsausgaben des Staatshaushaltes werden erhöht. Auch in Westdeutschland haben die aggressiven Kräfte der imperialistischen Bourgeoisie die Militarisierung der Wirtschaft nach dem Abschluß der Pariser Verträge immer mehr forciert. In der Rüstungsindustrie hat der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals einen solchen Umfang erreicht, daß er zu einem entscheidenden Moment des allgemeinen Monopolisierungsprozesses im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem Westdeutschlands geworden ist. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß der Militarismus heute einen weitaus komplexeren Charakter als früher aufweist. Der militärisch-industrielle Komplex ist gekennzeichnet durch: „Die Verschmelzung der Machtorgane des Rüstungskapitals mit denen des militärischen Apparates und dem zugehörigen staatlichen Machtinstrument zu einem einheitlichen Komplex, der zunehmend alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt, die aggressive Politik nach außen sowie die reaktionäre, nach innen gerichtete Politik bestimmt.“²⁾

Der Prozeß der Entstehung dieses militärisch-industriellen Komplexes, der in den USA am weitesten fortgeschritten, jedoch auch bereits in Westdeutschland nachweisbar ist, stellt eine neue Ausdrucksform des parasitären Charakters des Imperialismus dar.

Im Bereich des militärisch-industriellen Komplexes in Westdeutschland sind gegenwärtig rund 1,2 Millionen Menschen beschäftigt, davon 850 000 als Angehörige der Bundeswehr (Berufssoldaten, Wehrpflichtige und Zivilangestellte), 220 000 in der unmittelbaren Rüstungsindustrie³⁾ und 600 000 in den der unmittelbaren Rüstungsindustrie vorgelagerten bzw. Zuliefererzweigen.⁴⁾

Zu dem unmittelbar rüstungswirtschaftlichen Bereich des militärisch-industriellen Komplexes gehören:

1. die Flugzeug- und Raketenindustrie, die gegenwärtig etwa 80 000 Beschäftigte umfaßt und deren Kapazität bis Mitte 1970 mindestens verdoppelt werden soll⁵⁾;
2. die Atomindustrie;
3. die militärisch wichtigen Bereiche der chemischen Industrie;
4. kriegswirtschaftlich wichtige Teile der elektronischen Industrie;
5. Teile der Motorenindustrie - Panzer- und Kriegsschiffbau.

Die Monopole, die in der westdeutschen Rüstungswirtschaft dominieren, sind dieselben, die im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem Westdeutschlands die Schlüsselpositionen einnehmen. Sie bilden den Kern des Systems und sind eng mit den staatlichen und militärischen Machtorganen verflochten. Im Flugzeug- und Raketenbau ist der Bolkow-Messerschmitt-Blohm-Konzern das bestimmende Monopol, und in der Produktion von Triebwerken für Flugzeuge und Raketen führt die Gruppe Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN) und Daimler-Benz AG vom Flick-Konzern. Die westdeutsche Atomindustrie, insbesondere der Reaktorbau, wird von drei eng miteinander kooperierenden Monopolen, der Gruppe Siemens-AEG-Interatom beherrscht.

Die rüstungswirtschaftlich bedeutenden Teile der chemischen Industrie, vor allem die Herstellung von Brennstoffen, haben die Nachfolgesellschaften von IG Farben in Zusammenarbeit mit der Metallgesellschaft-Degussa monopolisiert.

Zur Planung, Projektierung, Produktion und Betreuung elektronischer Gesamtsysteme im Auftrag des Bonner Kriegsministeriums wurde die ESQ Elektronik-System GmbH gegründet, der folgende westdeutsche Monopole und Großunternehmen angehören:

Siemens, AEG, Standard Elektrik, Loewen und Rhode und Schwarz. In der Motorenindustrie für Panzer und Kriegsschiffe dominiert der Flick-Konzern. Es bestehen vielerlei enge Verbindungen zwischen dem Flick-Konzern in dessen Unternehmen die schweren Panzer gebaut werden, und dem Großproduzenten leicht gepanzerter Fahrzeuge, nämlich der Gruppe Rheinmetall-Hanomag-Henschel.

Beispiellos ist das Tempo des staatlich geförderten und gelenkten Konzentrations- und Zentralisierungsprozesses des westdeutschen Rüstungskapitals. Der imperialistische westdeutsche Staat hat sich bei der Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes so eindeutig wie kaum auf einem anderen Gebiet als unmittelbarer Monopolisierungsfaktor erwiesen.

Die Firma Ludwig Bolkows war 1959 noch ein Unternehmen mit 1 000 Beschäftigten und wenigen Millionen Jahresumsatz. Heute hat der Bolkow-Messerschmitt-Blohm-Konzern 20 000 Beschäftigte und einen Jahresumsatz von rund einer Milliarde DM, der zu 90 Prozent auf Rüstungsaufträgen des westdeutschen Staates beruht.⁶⁾ Charakteristisch ist auch, wie die beiden traditionellen Konkurrenten Siemens und AEG durch den westdeutschen Staat zur Kooperation auf dem Gebiet des Reaktorbaus gezwungen wurden. Jedes der beiden Elektromonopole, Siemens wie AEG, hatte einen eigenen Reaktortyp entwickelt. Als die Bonner Regierung aus militärischen Gründen sich für den sogenannten schnellen Brüter entschied, den Siemens entwickelt hatte, konnte AEG nur wählen zwischen Zusammenarbeit mit Siemens oder Aussteigen aus dem Produktionsgebiet Reaktorbau. Die Interatom, die sich inzwischen mit AEG und Siemens zusammengeschlossen hat, ist ihrerseits eine staatsmonopolistisch geförderte Fusion zwischen DEMAG und Deutsche Babcock und Wilcox AG.⁷⁾

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie lobt darum Karl Schiller: er sei der „konzentrationsfreudigste Wirtschaftsminister“.⁸⁾ Als Schiller 1968 die Luftfahrtchau eröffnete, machte er seinen Zuhörern, darunter Unternehmern der Flugzeugindustrie, klar, sie sollten endlich seine „noch leisen Worte“ verstehen, sich nicht länger angestrebten Fusionen zu widersetzen, wenn sie nicht der staatlichen Zuwendungen verlustig gehen wollten.⁹⁾

Diese hohen Rüstungsausgaben suchen die herrschenden Kräfte in Bonn dadurch zu rechtfertigen, daß sie erklären, die Rüstung sei der entscheidende Schrittmacher der wissenschaftlich-technischen Entwicklung der Wirtschaft.

Besonders Strauß gehört zu den Verfechtern dieser Ansicht. In seinem Buch „Herausforderung und Antwort“ betont er: „Die Ehe, die zwischen Wehrwesen und Naturwissenschaft geschlossen war, sollte nie wieder geschieden werden.“¹⁰⁾

An anderer Stelle: „Die weitgesteckten Forderungen, die eine Armee an ihre Geräte und Waffen stellt... treiben die Industrie vorwärts, geben ihr den Anstoß, in Neuland einzudringen und die Grenzen ihres Könnens immer weiter hinauszuschieben.“¹¹⁾

Der parasitäre Charakter des spät kapitalistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland kommt hieran besonders deutlich zum Ausdruck, denn durch nichts ist gerechtfertigt, daß der technische Fortschritt nicht unmittelbar für die zivile Produktion, zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen einzusetzen, sondern den aggressiven Zielen des Imperialismus unterworfen und zuerst von der Rüstungsproduktion monopolisiert wird. Das ist jener innere Widerspruch des Imperialismus, der zwischen den Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und ihrer Ausnutzung zum Wohle der Menschen besteht.

Der parasitäre Charakter des westdeutschen Imperialismus kommt aber auch darin zum Ausdruck, daß die gegenwärtige und künftige Struktur der westdeutschen Wirtschaft immer stärker durch die Militarisierung bestimmt wird.

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, wies auf der 12. Tagung des ZK der SED darauf hin, daß der neue sozialdemokratische Verteidigungsminister in Westdeutschland, Helmut Schmidt, durch Berufung eines prominenten Rüstungsindustriellen zum Bevollmächtigten für Rüstungsfragen - es handelt sich um Ernst Wolf Mannsen, langjähriger Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor der Thyssen Röhrenwerke AG -¹²⁾ nach dem Vorbild der USA dem entstehenden militärisch-industriellen Komplex die direkte Kontrolle über die Verteilung der für Rüstungsausgaben im Staatshaushalt vorgesehenen Milliarden sichern will.¹³⁾

Die westdeutschen Rüstungsindustriellen behaupten, das Rüstungsgeschäft bringe wenig Profit.

Als Begründung dafür verweisen sie auf die ständig anwachsenden Forschungs- und Entwicklungskosten. Das ist infame Demagogie.¹⁴⁾

Erstens übernimmt der westdeutsche Staat einen wachsenden Anteil des Forschungsaufwandes. So bestreitet er gegenwärtig 47,5 Prozent der gesamten Forschungskosten, nicht nur der für Rüstung.¹⁵⁾

Im vergangenen Jahr verabschiedete der Bundestag das Steueränderungsgesetz 1969¹⁶⁾, das den Monopolen erlaubt, eine 10prozentige Investitionszulage neben der Sonderabschreibung für Forschung und Entwicklung von der Steuerschuld abzusetzen.¹⁷⁾

Das Bonner Verteidigungsministerium hat keine eigenen Forschungsinstitutionen, sondern stützt sich bei der Verwirklichung seines militärischen Forschungsprogramms auf 120 Hochschulinstitute, 65 Forschungsanstalten außerhalb der Universitäten sowie Forschungseinrichtungen bei 60 Industriefirmen und durchdringt auf diese Weise das gesamte westdeutsche Forschungs- und Entwicklungspotential.

So wird der wissenschaftlich-technische Fortschritt auf allen Gebieten von vornherein der Militarisierung unterworfen. Die Monopole mit forschungsintensiver Produktion profitierten an der zunehmenden Kostenbeteiligung des westdeutschen Staates ganz besonders. Zweitens widerlegt die westdeutsche Wirklichkeit die Lüge von der angeblich unrentablen Rüstungsproduktion selbst durch praktische Argumente. Rüstungsaufträge gewähren den Monopolen gesicherten Absatz auf lange Zeit. Gegenwärtig werden in Westdeutschland die Rüstungsprodukte von den Monopolen zum Selbstkostenpreis zuzüglich eines Profitzuschlages, der um so höher ist, je höher die Selbstkosten liegen, an den Staat verkauft. Da beim Rüstungsgeschäft der regulierende Markt ausgeschaltet ist, sind die Selbstkosten, von denen also die Höhe des Profites abhängt, in besonderem Maße manipulierbar.

Als im vergangenen Jahr das Flick-Unternehmen Daimler-Benz AG, das, wie schon erwähnt, auf dem staatsmonopolistischen Rüstungsmarkt Westdeutschlands stark engagiert ist, seinen Geschäftsbericht über das Jahr 1968 vorlegte, wurde bekannt, daß dieses Monopol für 100,- DM nominales Aktienkapital 80,- DM Gewinn, d. h. eine Profitrate von 80 Prozent erzielte.¹⁸⁾ Der Vorstand dieses Rüstungsmonopols beschloß, den Aktionären der Daimler-Benz AG einen Teil des angesammelten Profites, der über Rücklagen kapitalisiert worden war, in Form von Gratisaktien zu übereignen, und zwar zu einem Wert von insgesamt 253 Millionen DM.¹⁹⁾

Die hier dargelegte Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes in Westdeutschland unterstreicht, wie dringlich der Abschluß des von der Regierung der DDR der westdeutschen Bundesregierung vorgelegenen Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland ist. Im Artikel IV des Vertragsentwurfes heißt es: „Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland verzichten darauf, Kernwaffen zu erlangen oder in irgendeiner Form über diese zu verfügen. Sie verpflichten sich, dafür einzustreiten, daß Verhandlungen über Abrüstung durchgeführt werden auf dem Boden der beiden deutschen Staaten dürfen weder chemische noch biologische Waffen hergestellt, stationiert oder gelagert werden.“²⁰⁾

Es geht um die Verstärkung des Kampfes aller friedliebenden Kräfte für eine radikale Kürzung der Rüstungsausgaben zugunsten der Finanzierung der in Westdeutschland längst fälligen und notwendigen demokratischen Reformen; es geht um die Verstärkung des Kampfes gegen die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, für Sicherheit und Frieden an den bestehenden deutschen Grenzen und in Europa.

Dr. Werner Uhlig
Doris Kell

¹⁾ „Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Epoche und die Aktionsmethode der kommunistischen und Arbeiterparteien, abgefaßt von imperialistischen Kräften“ Dokument des Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, Dietz Verlag Berlin 1969, S. 47.
²⁾ Engelhardt-Heise, Westdeutsche Rüstungsmonopole in der Expansionsphase, Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstitutes, Berlin, Nr. 18, 1968, S. 12.
³⁾ H. Klingemann, Wirtschaftliche und soziale Probleme der Abrüstung, Wiener Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln und Opladen, Sonderheft 12/1968, S. 297, zitiert bei Engelhardt-Heise, Westdeutsche Rüstungsmonopole in der Expansionsphase, Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstitutes, Berlin, Nr. 18/1968, S. 13.
⁴⁾ Engelhardt-Heise, Westdeutsche Rüstungsmonopole in der Expansionsphase, Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstitutes, Berlin, Nr. 18/1968, S. 12.
⁵⁾ Ebenda, Seite 17.
⁶⁾ Ebenda, Seite 17.
⁷⁾ Handeltblatt, Düsseldorf, Nr. 27 v. 13. 3. 1969; von mir zitiert bei Engelhardt-Heise, a. a. O., S. 17.
⁸⁾ Ebenda.
⁹⁾ F.-J. Strauß, Herausforderung und Antwort, Stuttgart 1968, S. 139; zitiert bei Engelhardt-Heise, a. a. O., S. 13.
¹⁰⁾ Ebenda.
¹¹⁾ Ebenda.
¹²⁾ Neues Deutschland, Berlin, v. 25. 10. 1968, S. 7.
¹³⁾ Ulbricht, „Grundlegende Aufgaben im Jahre 1969“, Rede auf der 12. Tagung des ZK der SED, Neues Deutschland, Berlin, v. 14. 12. 1968, S. 7.
¹⁴⁾ Engelhardt-Heise, a. a. O., S. 14.
¹⁵⁾ Ebenda.
¹⁶⁾ Ebenda, S. 13.
¹⁷⁾ Ebenda.
¹⁸⁾ „Vertrag über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland“, ND, Berlin, v. 21. 12. 1969, S. 1.

gesichert, waren aber selbst jedesmal um die Früchte des Sieges geprellt und von der Bourgeoisie sehr schnell abgemustert worden. Das Volk in Waffen, war für die Bourgeoisie die Revolution in Waffen. Auf die Entwaffnung der Vorhut des revolutionären Frankreichs in Gestalt der Nationalgarde zielte deshalb auch der Coup des reaktionären Regierungschefs Thiers in den Morgenstunden des 18. März 1871, der jedoch mit der Niederlage der Regierungstruppen und mit der Errichtung der Volksmacht in Frankreichs Hauptstadt endete.

Gerade in diesem Vorgehen der bourgeoisen Regierung traten ebenso wie im entschiedenen Handeln der bewaffneten Volksmassen der soziale Inhalt der Volksbewegung und der Klassencharakter der Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat klar und eindeutig in Erscheinung. Jegliche etwa noch vorhandene Illusionen der Werktätigen über nationale Gemeinsamkeit der Franzosen wurden endgültig hinweggefegt. Und es spricht für die Reife der siegreichen Volksbewegung, wenn sie in ihrer ersten Proklamation verkündete: „Die Proletarier von Paris, inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klassen, haben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre Hände nehmen... Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht ist und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eigenen Geschichte zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen.“

Mit Recht charakterisierte Lenin die Revolution vom 18. März 1871 als wahrhaftige Volkerevolution, weil sie nicht

nur die Mehrheit des Volkes in diese Bewegung einbezogen hatte und von dieser auch weiterhin getragen wurde, sondern weil sie vor allem den wirklichen Interessen des Volkes diente. Das Hauptinteresse der Volksmassen erforderte die Beseitigung der Bedingungen, welche die Knechtung, Bedrückung und Ausbeutung der Werktätigen ermöglichten und sicherten. D. h.: die Zerschlagung der bourgeoisen Staatsmaschinerie - „das verlangt das wirkliche Interesse des Volkes“, seiner Mehrheit, der Arbeiter und der Mehrheit der Bauern, das ist die ‚Vorbedingung‘ für ein freies Bündnis der armen Bauern mit den Proletariern, und ohne dieses Bündnis ist die Demokratie nicht von Dauer und die sozialistische Umgestaltung unmöglich.“ Indem die Kommune das Zerschlagene durch den Aufbau eines völlig neuen Staatstyps - die Diktatur des Proletariats - ersetzte, verwirklichte sie erstmals in der gesellschaftlichen Praxis die Forderungen des Kommunistischen Manifestes nach „Organisation des Proletariats als herrschende Klasse“ und „Einkämpfung der Demokratie“.

Bekanntlich hatte die Pariser Kommune nur 72 Tage zum Ausbau der neuen Gesellschaft. Doch jeder einzelne Tag ihrer Existenz legt Zeugnis ab für die große Schöpferkraft der Volksmassen bei der Verwirklichung einer echten Demokratie unter Einbeziehung aller Werktätigen, bei der Lösung oder Inangriffnahme grundlegender ökonomischer und sozialer Fragen sowie bei der Entwicklung von Bildung und Kultur für alle Werktätigen. Obwohl vieles davon nicht ausreifen und zu Ende geführt werden konnte und die Kommune nach heroischer Verteidigung dem Ansturm der Konterrevolution erlag, wurde sie durch ihre historischen Leistungen zum revolutionären Fanal nachfolgender Generationen der kämpfenden Arbeiterklasse. Sie vermittelte vor allem ganz praktisch die von Lenin formulierte und bis in unsere Gegenwart gültige Lehre daß „das ökonomisch unterdrückte Proletariat nicht politisch herrschen kann, ohne die Ketten zerbrochen zu haben, die es an das Kapital schmieden“. Indem Lenin und die Bolschewiki diese von der Pariser Kommune erprobte Hauptlehre des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats in der Revolution - Zerbrechen des alten Staatsapparates und Errichtung der Diktatur des Proletariats - beherzigten, vermochten sie im Oktober 1917 die proletarische Revolution zum Siege zu führen und den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab einzuleiten.

Dr. Werner Loch/Monika Büchner

Am Jahrestag des Beginns der Pariser Kommune Lenin schätzte Kampf der Kommunarden als wahre Volksrevolution

Die Revolution vom 18. März 1871 war das folgerichtige Ergebnis eines von den vorhandenen und sich immer mehr verschärfenden Klassenwiderstreits zwischen Bourgeoisie und Proletariat, dessen Explosion die Bourgeoisie durch ihren nationalen Verrat nur verzögern konnte. Die herrschenden Klassen Frankreichs hatten sich mittels imperialistischer und nationaler Phraseologie bemüht, den sozialen Inhalt der Volksbewegung zu ignorieren und gegenstandslos nationale Erfordernisse zu machen. So besonders durch die Manipulation ihrer Klassenvertreter „Herrschung der nationalen Verteilung“. Die vom Volk erwungene Zustimmung zur Ausrufung der Republik am 4. September 1870 war jedoch keineswegs wie diese Regierung Ausschlag für den Beginn der Herrschaft der philantropisch gemäuselten Bourgeoisie mit aufrechter patriotischer Gesinnung. Nur der monarchische Hellsehen war gefallen. Im übrigen war, zumal das Volk nun nicht mehr seinen Taten bestand, die um fremden Klasseninteressen Willen weiterhin zu leben und zu opfern bereit waren. Und es zeigte sich sehr bald und offensichtlich für das ganze Volk, daß die französische Bourgeoisie die nationale Interesse in der Verteidigung ihres Geldsackes sowie in der Reservierung ihrer Klassenherrschaft über alles setzte. Diesem „nationalen“ Krieg bezahnen, dieses „nationale“ Leben zu sichern, war sie selbst zum Falle mit dem Teufel bereit, in die Hände der imperialistischen Bourgeoisie des eigenen Volkes, wozu sie es selbst entworfen mußte. Daher die heroische Verteidigung des Landes und Zusammenarbeit mit Bismarck. Die preußisch-deutschen Machthaber des „nationalen“ Krieg um nationaler Beute führten, trafen in der entscheidenden Phase des Kampfes im Kampf gegen die zwischen Frankreich und Preußen brachen in Gestalt von den Leihtruppen und Kriegskriegsbeute dem die gewünschte Beute, dem andern die Hand und Hilfe für die Niederwerfung der revolutionären, Volkswirtschaftlichen Entwicklung.